



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VII/2024/07073**
Datum: 03.04.2024
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser:
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	24.04.2024	öffentlich Entscheidung
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss	16.05.2024	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	21.05.2024	öffentlich Vorberatung
Hauptausschuss	22.05.2024	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung	28.05.2024	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	29.05.2024	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle zur Einführung einer Neugeborenenprämie in der Stadt Halle

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Einführung einer Neugeborenenprämie in Höhe von 100€ für jedes neu in der Stadt geborene Kind.

Die Verwaltung entwickelt in diesem Zusammenhang ein Konzept und eine Satzung, die zum 01.01.2025 in Kraft treten.

Die Vorlage ist dem Stadtrat zur Beschlussfassung bis zum Oktober 2024 vorzulegen.

Die Deckung erfolgt aus folgenden Haushaltstiteln:

1.11120.04 Demokratie und Präventionsrat 0€ (Reduzierung um 260.000€)
Ab 2028: 1.28102.11 Freiraumagentur 0€ (Reduzierung um 55.000€)

gez. A. Raue
Fraktionsvorsitzender AfD-Stadtratsfraktion

Begründung:

Im Jahr 2022 wurden in der Stadt Halle 1882 Kinder geboren (- 11,9% im Vergleich zum Vorjahr), 3387 Personen starben. Das ergibt ein Geburtendefizit von 1505. Die Zahlen für 2023 liegen zum Zeitpunkt der Antragsstellung noch nicht vor.

In Krisenzeiten zweifeln erfahrungsgemäß immer mehr Menschen an der Entscheidung ein Kind in die Welt zu setzen. Dies lässt sich auch über verschiedenen Studien der letzten Jahre in Deutschland belegen (z.B. <https://www.mz.de/panorama/studie-geburtenrate-in-vergangenen-zwei-jahren-rucklaufig-3809983>).

Um dem entgegen zu wirken sollen mögliche Eltern aus der Stadt einen zunächst eher symbolischen Betrag erhalten, der die Wertschätzung für die Verantwortung Eltern zu werden widerspiegeln soll.

Zunächst soll der Betrag auf 100€ begrenzt werden, nach Haushaltslage wird angestrebt den Betrag zukünftig auf das Niveau realer Entlastungen anzuheben.

Die Stadt Greifswald zahlt bereits eine Neugeborenenprämie in Höhe von 100€ (<https://www.greifswald.de/de/familie-wohnen/familie/neugeborenenpraemie/>). Gleichzeitig erhalten (werdende) Eltern der Deutschen Gemeinschaft in Belgien ab dem 6. Monat der Schwangerschaft auf Antrag eine Geburtsprämie in Höhe von 1320,88€. Das Geld wird auch für Adoptionen gezahlt oder wenn das Kind nach der Antragsstellung leblos zur Welt kommt.

Ab 2028 wird beabsichtigt den Betrag anzuheben, falls nicht bereits die Geburtenzahl sich so sehr erhöht hat, dass sich bereits ein Mehrbedarf an Fällen ergibt. Daher soll die Freiraumagentur abgeschafft werden und die 55.000€ sollen im Haushalt für die Neugeborenenprämie hinterlegt werden.

Zur Deckung:

Die Freiraumagentur ist bis Ende 2027 (als freiwillige Leistung) vertraglich damit beauftragt „Freiraumsuchenden Freiräume zu vermitteln“ (Leistungsbeschreibung zum Vergabebeschluss VII/2023/06074). So entstehen in der Stadt immer wieder sogenannte Soziokulturelle Zentren, deren einziger Sinn es ist Fördermittel des Bundes zu beantragen um Arbeitsplätze in der Stadt zu schaffen, die kaum einen Mehrwert haben. De Facto handelt es sich um steuerfinanzierte Versorgungsinstrumente für parteipolitisch festgelegte Aktivisten. Dieses Konzept weiter zu verfolgen kann sich die Stadt nicht leisten. Erst Recht nicht so lange der Geburtensaldo negativ ist. Daher soll das Freiraumbüro ab 2028 aus der Haushaltsplanung herausgestrichen werden.

Im DLZ Demokratie und Integration sind 260.000€ für den Bereich Demokratie und Präventionsrat als freiwillige Leistung eingestellt. Dieser Betrag soll gestrichen werden und als Gegenfinanzierung für die Neugeborenenprämie herangezogen werden.

Die Stärkung der Demokratie in der Stadt ist eine wichtige Aufgabe. Die hier herangezogene Stelle ist aber nicht durch aktiven Einsatz für diese Ziele in Erscheinung getreten. Tatsächlich taucht die Stelle fast immer dann auf wenn die Stadt die Förderung fragwürdiger linker Projekte rechtfertigt. Insofern scheint es sinnvoll hier zu streichen und etwas gegen den Bevölkerungsschwund zu unternehmen.

Lebendgeborene und Gestorbene 2022 nach kreisfreien Städten und Landkreisen

Kreisfreie Städte Landkreise Land	Lebendgeborene 2022		Gestorbene 2022		Geburten- überschuss bzw. -defizit
	absolut	Veränderung ¹ um %	absolut	Veränderung ¹ um %	
Dessau-Roßlau, kreisfreie Stadt	488	-9,0	1 545	-2,1	-1 057
Halle (Saale), kreisfreie Stadt	1 882	-11,9	3 387	-0,9	-1 505
Magdeburg, Landeshauptstadt	1 999	-4,8	3 649	9,2	-1 650
Altmarkkreis Salzwedel	548	-4,0	1 276	-0,9	-728
Anhalt-Bitterfeld, Landkreis	994	-5,9	2 969	0,7	-1 975
Börde, Landkreis	1 095	-13,2	2 564	0,6	-1 469
Burgenlandkreis	1 116	-12,0	3 106	-9,8	-1 990
Harz, Landkreis	1 272	-11,3	4 023	5,3	-2 751
Jerichower Land, Landkreis	556	-10,6	1 511	4,9	-955
Mansfeld-Südharz, Landkreis	761	-8,4	2 529	-6,9	-1 768
Saalekreis	1 214	-7,0	2 865	-1,3	-1 651
Salzlandkreis	1 152	-9,7	3 563	-1,7	-2 411
Stendal, Landkreis	680	-12,5	2 023	3,6	-1 343
Wittenberg, Landkreis	749	-11,9	2 271	0,0	-1 522
Sachsen-Anhalt insgesamt	14 506	-9,5	37 281	0,0	-22 775

Statistik zu den Geburtenzahlen in Sachsen- Anhalt 2022 (https://statistik.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Landesaemter/StaLa/startseite/Daten_und_Veroeffentlichungen/Pressemitteilungen/2023/f_Juni/158-Geburten_Sterbefaelle_2022.pdf)